

Niederschrift

über die 15. Sitzung des Integrationsausschusses am Dienstag, dem 12.11.2019 im großen Sitzungssaal des Kreishauses I, Friedrich-Ebert-Straße 7, 48653 Coesfeld

Beginn: 16:30 Uhr

Ende: 18:40 Uhr

Anwesenheit:

CDU-Kreistagsfraktion

Danielczyk, Ralf
Kleerbaum, Klaus-Viktor
Lütkecosmann, Josef
Wenning, Thomas, Dr.

SPD-Kreistagsfraktion

Bednarz, Waltraud

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreistagsfraktion

./.

FDP-Kreistagsfraktion

Zanirato, Enrico

UWG-Kreistagsfraktion

./.

Beratende Mitglieder

Familien-Partei

Töllers, Hubert

Weitere beratende Mitglieder

Gochermann, Josef, Prof. Dr.
Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung

Merschhemke, Valentin
Vorsitzender des Ausschusses für Schule, Kultur und Sport

Wobbe, Ludger
Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses

Verwaltung

Tepe, Linus, Dr.
Kreisdirektor

Schütt, Detlef
Dreier, Bodo
Hölscher, Anja

Schröer, Timo
Schriftführer

Der Ausschussvorsitzende Klaus-Viktor Kleerbaum eröffnet die Sitzung des Integrationsausschusses mit Grußworten an die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung und die Zuhörer.

Insbesondere richtet er im Namen der Mitglieder des Integrationsausschusses Grußworte an den neuen Kreisdirektor Dr. Linus Tepe.

Sodann stellt der Ausschussvorsitzende fest, dass der Ausschuss

- a) ordnungsgemäß geladen und
- b) gem. § 34 KrO i. V. m. § 41 KrO beschlussfähig ist.

Es wird sodann nach folgender Tagesordnung beraten und beschlossen:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Strategien der Integrationsarbeit des KI des Kreises Coesfeld
Vorlage: SV-9-1431/1
- 2 Entwurf Haushalt 2020 - 04.00.02
Vorlage: SV-9-1516
- 3 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates
- 4 Anfragen der Ausschussmitglieder

Nichtöffentlicher Teil

- 1 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates
- 2 Anfragen der Ausschussmitglieder

Es erfolgten keine Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates und Anfragen der Ausschussmitglieder im öffentlichen oder nichtöffentlichen Teil.

TOP 1 öffentlicher Teil

SV-9-1431/1

Strategien der Integrationsarbeit des KI des Kreises Coesfeld

Ausschussvorsitzender Klerbaum übergibt das Wort an Herrn Dreier, den Leiter des Kommunalen Integrationszentrums des Kreises Coesfeld.

Herr Dreier erläutert, dass es sich bei der Integration von Neuzugewanderten hinsichtlich der rechtlichen Rahmenbedingungen, der vielen verschiedenen Akteure auf allen Ebenen (EU, Bund – Land – Kommune) und der unterschiedlichsten Lebenslagen der heterogenen Zielgruppe um ein sehr kompliziertes Tätigkeitsfeld handle.

Vor dem Hintergrund der vielen verschiedenen Projekte und Maßnahmen, die das KI mit Unterstützung des Integrationsausschusses in den vergangenen Jahren auf den Weg gebracht hat, solle mit dem folgenden Vortrag der rote Faden, an dem sich die Arbeit des KI orientiere, deutlich herausgestellt werden.

Herr Dreier stellt in einem PowerPoint-Vortrag die Strategien der Integrationsarbeit des KI vor. Der Vortrag ist der Niederschrift beigelegt und kann über das Kreistagsinformationssystem abgerufen werden. In dem Vortrag werden auch die einzelnen Projekte, Programme und Maßnahmen des KI kurz erläutert. Folgende Zusammenfassung dient als Überblick:

Frühkindliche Bildung:

1	griffbereit mini Elternbildungsprogramm für Eltern mit und ohne Zuwanderungsgeschichte mit Kindern im Alter von 0 – 1 Jahr
2	Griffbereit Elternbildungsprogramm für Eltern mit und ohne Zuwanderungsgeschichte mit Kindern im Alter von 1-3 Jahren
3	Rucksack KiTa Elternbildungsprogramm für Eltern mit und ohne Zuwanderungsgeschichte mit Kindern in einer Kindertagesstätte
4	Mimi & Drako Vorbereitung von neuzugewanderten Kindern auf den Schulstart – Vermittlung von Grundfähigkeiten, die für den Schuleintritt erforderlich sind

5	Theaterprojekt „Hase und Igel“
6	KiTa-Sprechstunde (geplant) Multiprofessionelle Sprechstunde für Kindertagesstätten nach Vorbild der Schulsprechstunde (s.u.)

Schulische Bildung:

1	Seiteneinsteigerberatung Beratung und Zuweisung von neuzugewanderten Schüler*innen an die Schulen und Berufskollegs
2	Fit für Mehr (auslaufend) Klassen am Berufskolleg für über 18-jährige Neuzugewanderte ohne Recht auf Integrations- oder Sprachkurse
3	Schulsprechstunde Anlassbezogene, multiprofessionelle Beratung von Schulen in Einzelfällen
4	Kulturwelten im Miteinander Projekt zur Einbindung von Eltern mit Zuwanderungsgeschichte in den Schulalltag über ein Patensystem
5	Beratung zur interkulturellen Schul- und Unterrichtsentwicklung (BikUS)
6	Mercator-Projekt Sprachliche Förderung von Schüler*innen mit Zuwanderungsgeschichte durch Lehramtsstudierende
7	Resilienz in der Schule Entwickeln (RiSe) Gruppenangebot für besonders belastete Kinder in Zusammenarbeit mit der schulpsychologischen Beratungsstelle
8	Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage Koordination des bundesweiten Projektes im Kreis Coesfeld

9	Rucksack Schule (geplant) Elternbildungsprogramm für Eltern mit und ohne Zuwanderungsgeschichte mit Kindern in der Schule
10	Präsenzbibliothek Bibliothek mit ausleihbarer, geprüfter Literatur zum Thema neuzugewanderte Schüler*innen
11	Binogi (Probelauf) Lernplattform für Schulen mit Erklärvideos auf verschiedenen Sprachen zu diversen Schulfächern
12	Ferienintensivtraining (FIT) (geplant) Deutschsprachförderung in den Ferien

Übergang Schule-Beruf, Arbeit und Beschäftigung:

1	Sprachförderung und Nachhilfe in der Berufsschule Ergänzende Sprachförderung für Schüler*innen an Berufskollegs (aktuell Gastronomie- und Lebensmittelbereich und zahnmedizinische Fachangestellte)
2	Durchstarten in Ausbildung und Arbeit / Gemeinsam klappt's Einrichtung von Stellen für Teilhabemanager*innen – „Case-Management“ für junge Menschen mit Duldung oder Aufenthaltsgestattung zwischen 18 und 27 Jahren Im Verlaufe des Jahres 2020 diverse weitere Bausteine (Coaching, berufsbegleitende Qualifizierung, Hauptschulabschluss, schul-, ausbildungs und berufsvorbereitende Kurse, Innovationsfonds)

Spracherwerb und Dolmetscherdienste

1	Sprachkurseangebote Etablierung und Unterstützung von Sprachkursen für Neuzugewanderte, die nicht die Möglichkeit haben, an Integrationskursen oder ähnlichen Angeboten teilzunehmen
---	---

2	<p>Dolmetscherpool</p> <p>Betrieb eines ehrenamtlichen Sprachmittlerpools für das gesamte Kreisgebiet für Neuzugewanderte mit keinen/geringen Deutschkenntnissen</p>
---	--

Ehrenamt

1	<p>KI vor Ort</p> <p>Regelmäßiges Sprechstundenangebot in den Städten und Gemeinden</p>
2	<p>KOMM-AN NRW</p> <p>Programm zur Förderung der Integration von Flüchtlingen und Neuzugewanderten in den Kommunen – Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements vor Ort</p>
3	<p>Jugendliche ohne Grenzen</p> <p>Projekt zur Ausbildung von jungen Erwachsenen mit Fluchthintergrund zu Multiplikatoren für politische Bildung und zu Ansprechpartnern für andere Geflüchtete</p>

Weitere Tätigkeitsfelder:

1	<p>Gesundheit</p> <ul style="list-style-type: none"> - Psychosoziale Versorgung <p>Angebot von Weiterbildungen, Workshops, Seminaren in Zusammenarbeit mit Refugio</p>
2	<p>Wohnen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Wohnen in Deutschland <p>Schulung zum selbständigen Wohnen für Neuzugewanderte</p>
3	<p>Frauen, Werte- und Geschlechterverständnis</p> <ul style="list-style-type: none"> - Runder Tisch gegen Gewalt an Frauen und Kindern - Förderung eines Mädchentreffs in Senden
4	<p>Sport und Freizeit</p> <ul style="list-style-type: none"> - Kooperation mit Kreissportbund (z.B. Entwicklungskonferenz)

Herr Dreier weist in seinem Vortrag darauf hin, dass er sich über die öffentlich geäußerte Forderung der Bürgermeister*innen im Kreis, keine Mittel für die Arbeit des KI zur Verfügung stellen zu wollen, sehr geärgert habe. Er halte diese Forderung in mehrfacher Hinsicht für hinterfragenswert.

Allein durch Landesmittel, die das KI akquiriere, seien in den letzten Jahren bereits erhebliche Summen in die Städte und Gemeinden geflossen, die diese für die Integrationsarbeit einsetzen könnten. Als Beispiel nennt Herr Dreier das Förderprogramm KOMM-AN NRW zur Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements in der Flüchtlingshilfe. Allein durch dieses Programm würden von 2016 bis 2020 über 500.000 € zur Unterstützung des Ehrenamtes in den kreisangehörigen Kommunen zur Verfügung gestellt. Es gebe z.B. kaum einen Treffpunkt für Neuzugewanderte und die einheimische Bevölkerung im Kreis, der nicht mit Hilfe dieser Mittel eingerichtet, renoviert und/oder mit Mietzahlungen unterstützt würde. Die Mittel, die die Städte und Gemeinden ihren Ehrenamtlichen als Aufwandsentschädigung gewähren, stammten in nicht unerheblicher Weise ebenfalls aus dem nur KI's gewährten Komm-An-Paket des Landes.

Soweit freiwillige Leistungen des Kreises zur Durchführung von Integrationsmaßnahmen eingesetzt würden, wüsste sich Herr Dreier eine offene Diskussion über die jeweiligen Inhalte der Hilfen mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern. Er frage sich, ob sie wirklich auf Dolmetschereinsätze oder Unterstützungsmaßnahmen für Flüchtlingskinder oder Auszubildende verzichten wollten. Jeder hier eingesetzte Euro komme ausschließlich den Bürgerinnen und Bürgern in den Städten und Gemeinden zugute. Der Kreis nehme eine bedarfsgerechte Verteilung vor.

Herr Dreier halte es auch für bedenklich, wenn in der öffentlichen Wahrnehmung der Eindruck entstehen könne, dass der Kreis Geld für die Integration ausbebe und die Bürgermeister*innen das für unnötig hielten. In diesem politisch hochsensiblen Feld sollten Städte und Gemeinden und Kreis den sowohl auf der Landesebene (außer AfD) und auch im Integrationsausschuss und im Kreistag gelebten Integrationskonsens suchen.

Ausschussvorsitzender Kleerbaum stellt die Frage, welchen Einfluss der Integrationsausschuss auf eine bessere öffentliche Wahrnehmung des KI in den einzelnen Kommunen haben könne.

Herr Dreier antwortet, dass das KI durchaus in intensivem Kontakt mit den Akteuren vor Ort und zum Teil auch mit den Bürgermeister*innen stehe. Teilweise finde, besonders auf der Leitungsebene in den Kommunen, aber keine intensive Auseinandersetzung mit den Angeboten statt, weshalb dann der falsche Eindruck entstehen könne, dass das KI keine passenden Hilfen für alle vorhalte. Er würde sich natürlich darüber freuen, wenn die Ausschussmitglieder in ihrer jeweiligen Heimatgemeinde mit den Verantwortlichen und Beteiligten für eine differenzierte Wahrnehmung der Arbeit des KI werben würden. Vom Integrationsausschuss fühle sich das KI auf politischer Ebene aber sehr gut unterstützt. Er lobt die Besetzung des Ausschusses und den offenen und ehrlichen Austausch sowie das Klima, welches es immer zulasse, sowohl über Erfolge als auch über das vereinzelt Nichtgelingen von Projekten zu berichten.

Im weiteren Verlauf des Vortrages erläutert Herr Dreier kurz das sog. „Netzwerk Chancengerechtigkeit“, welches das Ziel habe Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene und deren Familien bei der Gestaltung ihrer individuellen Bildungsbiographien und zu unterstützen und gerechte Zugangsmöglichkeiten zu allen Beratungs- und Hilfsangeboten zu schaffen. Zur Vermeidung von Doppelstrukturen seien hier auch verschiedene Landes- und Bundesinitiativen strukturell zusammengefasst worden. Zu diesem

Zweck hätten sich bisher rund 50 Fachkräfte aus den Bereichen Integration, Jugendhilfe, Bildung, Gesundheit und Politik sowie Ehrenamt und Betroffene zusammengeschlossen.

In Absprache mit dem Dez. Schütt schlägt er vor, das Netzwerk Chancengerechtigkeit im nächsten Ausschuss als eigenen Tagesordnungspunkt aufzunehmen und genauer zu erläutern. Die Ausschussmitglieder stimmen diesem Vorschlag zu.

Ausschussvorsitzender Kleerbaum bedankt sich bei Herrn Dreier für den Vortrag und den Einblick in die umfangreiche Arbeit des KI.

Ktabg. Lütkecosmann erklärt, dass seiner Einschätzung nach die teilweise fehlende Akzeptanz für die Arbeit des KI auch daran liegen könne, dass das KI mit Ausnahme der Seiteneinsteigerberatung nur wenig in das operative Geschäft eingebunden sei. Die vielen aktiven Ehrenamtlichen würden sich beispielsweise intensiv für den Einzelfall einsetzen, hätten aber zum Teil kein Interesse an Austauschtreffen, Schulungen oder überörtlicher Vernetzung. Hilfe in solchen Einzelfällen bekämen sie eher bei den Flüchtlingsbetreuer*innen der Wohlfahrtsverbände und weniger bei den Kommunen oder im KI.

Weiterhin kritisiert Ktabg. Lütkecosmann, dass viele Projekte des KI nicht flächendeckend, sondern nur punktuell in einzelnen Orten oder für einzelne Klassen angeboten würden. Entscheidend sei nicht die Anzahl der verschiedenen Projekte sondern deren Nachhaltigkeit und dauerhafte Einbindung in das Regelsystem. Trotz eines stetig steigenden Haushaltsansatzes sei die Wahrnehmung des KI vor Ort nicht im gleichen Maße gestiegen. Die Transparenz sei in den Kommunen vor Ort auch nicht immer gegeben.

Herr Dreier betont, dass Transparenz für die Arbeit des KI von entscheidender Bedeutung sei. Das KI des Kreises Coesfeld habe als einziges KI in Nordrhein-Westfalen Bezirkszuständigkeiten, weshalb die Mitarbeiter*innen regelmäßig in ihren Kommunen vor Ort seien, um dort mit den Akteuren persönlich in Kontakt zu treten, die Arbeit des KI's ggfs. erläuterten und bei Problemen pragmatische Hilfestellungen anbieten könnten. Herr Dreier berichtet, dass er sehr wohl wahrnehme, dass die noch immer relativ junge Institution des KI's mittlerweile als unterstützender Partner wahrgenommen werde. Selbst Kommunen, die sich anfangs sehr schwer taten, das KI zu akzeptieren, bitten mittlerweile um ganz konkrete Unterstützung. Auf der Arbeitsebene funktioniere die Zusammenarbeit größtenteils sehr gut. Herr Dreier führt das auch auf die Strategie des KI zurück, persönliche Kontakte zu den Beteiligten vor Ort zu suchen.

Grundsätzlich könne er sich auch eine Ausweitung der operativen Arbeit der KI vorstellen. Eine solche Ausweitung sei auch in einer kürzlich erschienen wissenschaftlichen Evaluation der Arbeit der KI von Prof. Dr. Bogumil (Ruhr-Universität Bochum) vorgeschlagen worden.

Dieses stoße jedoch zurecht auch auf Widerstände, insbesondere bei den Wohlfahrtsverbänden, die diese Aufgabe bisher übernahmen. Hier wäre das Risiko der Schaffung von Doppelstrukturen sehr groß und deshalb unterm Strich eher abzulehnen. Die bisherige Arbeitsteilung habe sich bewährt, auch wenn es für eine koordinierende und Strukturen aufbauende oder optimierende Institution wie das KI sicherlich schwerer sei, Erfolge öffentlichkeitswirksam darzustellen.

Herr Dreier führt weiter aus, dass es immer Ziel sei, die Angebote des KI's kreisweit umzusetzen und auf Dauer in das Regelsystem zu überführen. Jedes Angebot stehe im Grundsatz jeder Kommune, jeder Flüchtlingsinitiative, jeder Schule und jedem Kindergarten zur Verfügung. Aber natürlich beginne das KI dort, wo die Bereitschaft zur Umsetzung tatsächlich auch bestehe. Idealerweise würden dann

andere Akteure durch den Erfolg des Angebotes darauf aufmerksam und an einer Umsetzung interessiert. So könne nach und nach eine Ausweitung auf das gesamte Kreisgebiet erfolgen. Der regelmäßig bisher ansteigende Haushaltsansatz des KI's spreche bereits für eine zunehmende Inanspruchnahme der Unterstützungsangebote.

Sämtliche Angebote würden außerdem intensiv evaluiert und geprüft, um die Qualität und Praxistauglichkeit sicherzustellen. Herr Dreier erinnert daran, dass er im Integrationsausschuss bereits von (noch) nicht erfolgreichen Maßnahmen berichtete und eine Weiterfinanzierung (vorerst) nicht empfehlen konnte (z.B. „Binogi“ oder „Trainer bei JoG“).

Ktabg. Wobbe weist auf die Problematik hin, dass weiterhin zu viele Neuzugewanderte in der Ausbildung an den Anforderungen der Berufsschule scheitern würden. Seiner Meinung nach müsste dort vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels und der hohen Motivation vieler Auszubildender noch mehr getan werden, um Ausbildungsabbrüche zu verhindern.

Dezernent Schütt erklärt, dass hierfür bereits das sogenannte „Ausbildungsjahr 0“ geschaffen worden sei und erinnert an die letzte Ausschusssitzung. Dort sei das Modell vorgestellt worden. Es sei erforderlich, vom ersten Tag der Ausbildung an eine Förderung anzubieten, um Defizite so schnell wie möglich auszugleichen. Es sei aber auch von Seiten der Betriebe nicht immer die Bereitschaft vorhanden, Auszubildende vier anstatt der regulären drei Jahre zu beschäftigen. Hier müssten alle Akteure an einem Strang ziehen, um dem Problem effektiv zu begegnen.

Ktabg. Zanirato weist in diesem Zusammenhang erneut auf die Organisation „ZWAR – Zwischen Arbeit und Ruhestand“ hin. Hier könne eine Kooperation angestrebt werden, um erfahrene Personen, zum Beispiel aus dem Handwerk, als Paten für junge neuzugewanderte Auszubildende zu gewinnen.

Herr Schütt bedankt sich für die Anregung und wird eine Kooperation prüfen.

Ktabg. Merschhemke stellt zur Diskussion, ob für das KI eventuell eine Konkretisierung der Zielsetzung gegenüber der Landesregierung erforderlich sei. Insbesondere vor dem Hintergrund der erforderlichen Schwerpunktzielsetzung für die Jahre 2020 und 2021 könne man über präzisere Zielformulierungen nachdenken. Dieses könne evtl. dazu beitragen, die Akzeptanz der Arbeit des KI's zu erhöhen.

Ktabg. Lütkecosmann stimmt Herrn Merschhemke zu. In der Schwerpunktzielsetzung für 2020 und 2021 müsse im Bereich der Bildung vor allem eine Bündelung der Maßnahmen für die Auszubildenden und die Berufskollegs erfolgen.

Herr Dreier bedankt sich für die Vorschläge und ergänzt, dass in Kürze sowieso Gespräche mit der Bezirksregierung Arnsberg und dem MKFFI anstünden, um im Rahmen des Controllings über die festzulegenden Schwerpunktziele gesprochen werde. Er werde in der nächsten Ausschusssitzung darüber berichten.

Ktabg. Bednarz bekräftigt, dass es nicht den einen richtigen Weg gebe, sondern verschiedene Maßnahmen ausprobiert werden müssten, um diese zu evaluieren und dann flächendeckend umzusetzen.

TOP 2 öffentlicher Teil
SV-9-1516

Entwurf Haushalt 2020 - 04.00.02

Ktabg. Dr. Wenning erklärt, dass die geplante Deckungslücke im Haushalt 2020 (ca. 500.000 €) sehr hoch sei. Er wolle sich aber nicht anmaßen zu entscheiden, welche Maßnahmen priorisiert umgesetzt werden sollten, das könne das KI seiner Einschätzung nach besser. Es sollte evtl. über eine Deckelung des Ansatzes gesprochen werden.

Ktabg. Danielczyk betont, dass vor Einrichtung des KI's erklärt worden sei, dass dieses durch die Landesförderung für den Kreis weitgehend kostenneutral erfolgen würde. Vor diesem Hintergrund sei man auch gegenüber den Städten und Gemeinden in der Verantwortung, die Kosten zu begrenzen. Er wolle keine einzelnen Projekte streichen, eine Deckelung halte er jedoch für sinnvoll.

Ausschussvorsitzender Klerbaum gibt zu bedenken, dass ein beträchtlicher Anteil der Mittel für die Integrationsarbeit aus Landes- oder Bundesförderungen stammten. Alle Mitglieder des Ausschusses und die Verwaltung wüssten, dass die Mittelvergaben oftmals an komplizierte und gelegentlich auch an der Praxis vorbeigeplante Verfahrensweisen gebunden seien. Die Mitglieder im Ausschuss sollten bereit sein, in ausreichendem Maße kommunale Mittel zu investieren, um den Neuzugewanderten von Anfang an eine gute Perspektive zu ermöglichen und um Probleme vor Ort ohne große bürokratische Hürden angehen und lösen zu können. Er verweist auf die vorliegende SV und bittet die Verwaltung darum, die dortigen Hinweise auf die Gewährung weiterer Landesmittel durch die Weitergabe der Integrationspauschale des Bundes zu erläutern.

Herr Dreier berichtet, dass mit Datum vom 15.10.2019 dem Kreis Coesfeld per Bescheid eine Summe in Höhe von 976.377,32 € bewilligt worden sei. Diese Mittel seien in der Zeit vom 01.01.2019 bis 30.11.2020 für Koordinierungsaufgaben im Integrationsbereich und für eigene Integrationsmaßnahmen des Kreises einzusetzen. Da in verschiedenen Abteilungen beim Kreis Coesfeld Mehrkosten auf Grund der Integration Neuzugewandelter anfielen, sei aktuell die genaue Verteilung noch unklar. Auch die Aufteilung auf die beiden Haushaltsjahre 2019 und 2020 müsse noch geklärt werden. Im Ergebnis ermögliche diese Förderung aber absehbar eine sehr deutliche Verringerung der Deckungslücke und damit des Kreisanteils im Budget des Kommunalen Integrationszentrums.

Die Ausschussmitglieder nehmen diese Entwicklung positiv zur Kenntnis.

Ausschussvorsitzender Klerbaum bittet die Verwaltung, bis zur Sitzung des Kreisausschusses am 04.12.19 zu berechnen, wie hoch die förderfähigen Kosten im Jahr 2019 waren und einen verbindlichen Vorschlag für die haushaltsmäßige Verordnung der Mittel aus der Integrationspauschale vorzubereiten. Die Aufteilung solle dann im Kreisausschuss beraten und beschlossen werden.

Die Verwaltung sichert die Vorbereitung eines solchen Vorschlages zu.

Auch der Haushalt 2020 im Produktbereich 04.00.02.01 – Kommunales Integrationszentrum -solle erst im Kreisausschuss beschlossen werden.

Vor dem Ende der Sitzung präsentiert Dezernent Schütt die aktuellen Zahlen des Jobcenters im Hinblick auf Flüchtlinge und Neuzugewanderte. Die Präsentation ist der Niederschrift beigefügt und kann im Kreistagsinformationssystem eingesehen werden.

Ausschussvorsitzender Kleebaum bedankt sich abschließend bei allen Berichterstattern und erklärt die Sitzung für beendet.

Kleebaum

Ausschussvorsitzender

Schröer

Schriftführer